



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 896 890

P/XIV/197 - 2. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	Herr Strauß und der Kriegsjahrgang 1922 Zur Münchner Erklärung des Bundesverteidigungsministers	111
4	Scherberhaufen Zur polnischen Reaktion auf Adenauers Radiorbotschaft	50
5	500 Jahre Bukarest Das "Paris des Ostens"	37
6 - 7	Der Mohr kann gehen Die CDU, Minister Oberländer und die Verbesserung des Häftlingengesetzes	61

* * * * *
* * *

Herr Strauss und der Kriegsjahrgang 1922

sp - Während Hunderte und Tausende von Angehörigen des Geburtsjahrganges 1922 in allen Teilen der Bundesrepublik demonstrieren und protestieren, während sich die Spalten aller westdeutschen Tageszeitungen mit erbitterten Leserbriefen der heute 37jährigen und ihrer Angehörigen füllen, während alle verantwortlich fühlenden Politiker und Journalisten bemüht sind, dieses wahrlich heisse Problem zu durchdenken und Massnahmen vorzuschlagen, die seine Bewältigung ermöglichen - besteht der Beitrag des Herrn Bundesverteidigungsministers Franz Joseph Strauss (CSU) in der "Ansicht", dass "die Diskussion um die Erfassung des Jahrganges 1922 mit Unwahrheiten und Halbwahrheiten sinnlos hochgepeitscht worden ist". Die verständnislose Arroganz dieser läppischen Behauptung, die dem Matador der psychologischen Kriegführung ein höchst peinliches Unfähigkeitszeugnis ausstellt, wird noch unerträglicher durch die Zusatz-"Feststellung", dass sich allüberall "östliche Kräfte auch über den kommunistischen Untergrund in die Diskussion eingeschaltet" hätten.

Dieses Argument soll zunächst aufgegriffen werden. Zweifellos ist die kommunistische Agitations- und Infiltrationstätigkeit in zahlreichen Bereichen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik zu spüren, nicht zuletzt auch in der Partei des Herrn Strauss. Dieses Problem erfordert höchste Aufmerksamkeit und muss mit den entsprechenden Mitteln bewältigt werden. Ein völlig untaugliches Mittel aber ist das ständige Geschrei vor allem auch des Herrn Strauss, der in jeder Regung innerhalb der Bundesrepublik, die nicht mit seiner allein seligmachenden Politik und Meinung konform übereinstimmt, von vornherein und auf jeden Fall kommunistische Agitation und Propaganda sehen will.

Zu welchem Ende eine solche Einstellung zwangsläufig führen muss, das möge der Herr Bundesverteidigungsminister, falls ihm sein dicht gedrängtes In- und Auslandsreiseprogramm dazu Zeit lässt, in der April-Ausgabe der aus seinem Hause finanzierten "Wehrwissenschaftlichen Rundschau/Zeitschrift für die Europäische Sicherheit" (Herausgeber: "Arbeitskreis für Wehrforschung"/Frankfurt-Main, Verleger: Militärverlag Mittler & Sohn) nachlesen, wo ihm und seinesgleichen nachgewiesen wird, dass diese "Kommunistenhysterie" (der Begriff stammt aus diesem Artikel eines der "Aufweichung" oder "Unterwanderung" kaum zu

verdächtigenden Wehrwissenschaftlers) "als einer der besten und gefährlichsten, wenn auch sicher unabsichtlichen Verbündeten der kommunistischen Taktik" gewertet werden muss. Der Autor fügte hinzu: "Dass die kommunistische Agitation eine gefährliche Unterstützung erhält, falls demagogisch gegen demokratische Oppositionen die Verdächtigung des 'Kommunistischen' erhoben wird, ist leicht zu verstehen. Damit nämlich erhält der Kommunismus eine Kraft, die er gar nicht besitzt. Hier schliesst sich der Aufweis zur Kommunistenhysterie".

Damit weder bei Herrn Strauss noch anderswo ein Irrtum entsteht: Es liegt uns ferne, in der Polemik gegen den Verteidigungsminister etwa das hier angesprochene Wort "demagogisch" verwenden zu wollen. Aber seine "Ansicht", dass die Diskussion um den Jahrgang 1922 "mit Unwahrheiten und Halbwahrheiten sinnlos hochgepeitscht" worden sei, wobei sich ausserdem noch überall "östliche Kräfte auch über den kommunistischen Untergrund (eine notwendige Zwischenfrage: wer ist eigentlich für die Existenz dieses "Untergrundes" verantwortlich?) eingeschaltet" hätten, diese einseitige und uneinsichtige "Ansicht", mit der ein Bundesverteidigungsminister den gerechten Zorn und die begreifliche Erbitterung der Männer des Jahrgangs 1922 und ihrer Angehörigen überfahren zu können glaubt, steht wegen ihrer bornierten Primitivität in allen Beziehungen ausserhalb jeder Diskussionsmöglichkeit.

Zum anderen hat Herr Strauss in seiner Münchner Erklärung mitgeteilt: 1. dass von den 500 000 Überlebenden dieses schwergeprüften Kriegsjahrganges nur 20 000 "mittlere Dienstgrade" für "rückwärtige Dienste" gebraucht würden und 2. dass bisher noch so gut wie nichts für den Katastrophenschutz der Bevölkerung, für Transport und für Krankenversorgung getan worden sei.

Die Strauss-Erklärung zu Punkt eins ist der schlagende Beweis für das organisatorische Debakel, das sein Ministerium mit der Grossaffäre der Erfassung eines ganzen Jahrganges verschuldet hat. Wenn schon jemand Leidenschaften irgendwelcher Art "hochgepeitscht" hat, dann wird man nach den Leuten suchen müssen, die für den Skandal der "22er"-Erfassung verantwortlich sind und die, solange es noch ungefährlich und opportun erschien, mit dem in solchen Fällen üblichen falschen Pathos erklärten, dass das Ministerium nicht auf die kriegsgedienten Männer dieses Jahrganges 22 verzichten könnte, weil ihre Erfahrungen vor allem aus dem Ostkrieg nicht zu ersetzen und für den Aufbau der Bundeswehr unabdingbar notwendig seien. Jetzt, wo die von den ministeriellen Elefanten zertrretenen Porzellanscherben in der ganzen Bundesrepublik herumliegen und

unsere Füße zu zerschneiden drohen, jetzt ist von diesem ganzen bra-marbasierenden Kriegserfahrungs-Pathos keine Rede mehr, jetzt werden die etwa 20 000 Mann - meist "mittlere Dienstgrade" und Spezialisten, die jede einigermaßen eingefahrene Wehrorganisation auch durch Freiwilligenmeldungen zusammenbekommen hätte, ohne den ganzen Bürokratenzauber mit der Erfassung von 300 000 Männern veranstalten zu müssen! - nur noch für "rückwärtige Dienste" und dazu noch möglichst ohne Waffen gebraucht. Man hört die Ohrfeige, die sich die Überbürokraten mit und ohne Uniform selbst versetzen, durch die ganze Bundesrepublik schallen!

Was Herr Strauss zu Punkt zwei zu sagen wusste, schliesst sich lautstärkemässig nahtlos an. Am 30. August 1959, nach zehnjähriger Regierungszeit des CDU-Politikers Adenauer und seiner Mitpolitiker, gesteht er für das Verteidigungsressort zuständige CSU-Politiker vor dem ganzen deutschen Volke ein, dass für den Katastrophenschutz der Zivilbevölkerung "bisher noch so gut wie nichts geschehen" sei! Dutzende von Milliarden harter D-Mark hat diese Regierung Adenauer-Strauss bis heute in den mehr oder minder gelungenen Aufbau der Bundeswehr hineingesteckt, aber für den Katastrophenschutz der vielen Millionen ziviler Bundesbürger und Steuerzahler, aus deren Groschen allein doch diese Rüstungs-Milliarden aufgebracht worden sind, ist "bisher noch so gut wie nichts geschehen"! Dass Herr Strauss mit diesem bösen Wort möglicherweise seinen Kollegen vom Innen-Ressort und Kanzlernachfolgekonkurrenten evangelischer Konfession, den für den Bevölkerungsschutz zuständigen CDU-Politiker Dr. Schröder, ganz hart und trocken unter die Gürtellinie geschlagen hat, das mögen die beiden Herren unter sich ausmachen. Uns und der bundesdeutschen Bevölkerung genügen das Wort des Herrn Strauss und die Fakten, die er öffentlich vorgebracht hat.

Niemand in der Bundesrepublik betreibt also eine "sinnlose Hochpeitschung von Unwahrheiten" oder oppositionelle Demagogie-Agitation und niemand ist "durch östliche Kräfte auch über den kommunistischen Untergrund infiltriert", wenn er landauf landab öffentlich feststellt, dass die Bundesregierung Adenauer in der Vorsorge und Fürsorge zum Katastrophenschutz der 52 Millionen bundesdeutschen Staatsbürger fast hundertprozentig versagt hat, denn für diese lebenswichtige Aufgabe hat die Bundesregierung Adenauer trotz eines jetzt 40-Milliarden-DM-Etats nach der offiziellen Erklärung des Bundesverteidigungsministers "bisher noch so gut wie nichts" getan.

Scherbenhaufen

ler. Was zu erwarten und zu befürchten war, ist eingetreten. Adenauers Grussbotschaft anlässlich der zwanzigsten Wiederkehr des Hitlerüberfalles auf Polen hinterliess einen psychologischen Scherbenhaufen. Der polnische Ministerpräsident Cyrankiewicz hat darauf in einer ungewöhnlich scharfen Form reagiert, und dies an einem Tag, an dem 500 Parlamentarier aus 54 Ländern ihre Trauer, ihr Mitgefühl und ihre Sympathien mit dem leidgeprüften polnischen Volk bekundeten - jenem Volk, das die barbarische Stosskraft des Dritten Reiches am schmerzlichsten und grauenvollsten zu spüren bekam.

Mit einer Radiobotschaft allein, auch wenn sie nicht Anlass zu kritischen Bemerkungen geboten hätte, lässt sich ein neues zukunftsweisendes Kapitel deutsch-polnischer Beziehungen eben nicht eröffnen. Dazwischen liegen die Versäumnisse, Unterlassungen und psychologischen Missgriffe der vergangenen Jahre. Nichts, abgesehen von einem gewissen Ausbau der Handelsbeziehungen, ist von der Bundesregierung in den letzten Jahren getan worden, um unser Verhältnis zu Polen zu normalisieren. Grosszügige Gesten sind ausgeblieben, polnische Anregungen, wie etwa die Aufnahme diplomatischer Kontakte zwischen Bonn und Warschau, wurden in den Wind geschlagen und ein Dialog, auf den auch die westliche Welt wartete, blieb aus. Wir stehen heute, 15 Jahre nach Beendigung des Krieges dort, wo wir 1945 standen: vor einem tiefen Graben, über den sich anscheinend kein gemeinsamer Brückenschlag finden lässt, obwohl dieser gefunden werden muss, wenn die Folgen des zweiten Weltkrieges überwunden werden sollen. Deutschland hat gegen den Westen und gegen den Osten Krieg geführt, der Osten hat hierbei die weitaus schwereren Verluste erlitten, auf seinem Boden feierten Rassenwahn und nationalistische Überheblichkeit schauerliche Triumphe. Kein polnisches Dorf, keine polnische Stadt blieben davor verschont. Ist dies vergessen? Die Wiedergewinnung des Vertrauens im Westen und die freundschaftliche Zusammenarbeit mit den westlichen Regierungen, auf die sich die Regierung Adenauer als Glanzleistung so oft beruft, bleibt nur halbe Arbeit, wenn es nicht gelingt, auch bei den Regierungen und Völkern des Ostens den deutschen Namen von dem Makel zu befreien, der ihm anhaftet.

Das muss sehr behutsam geschehen, auf Empfindlichkeiten gilt es Rücksicht zu nehmen, jedes Wort und jede Geste von deutscher Seite bekommt hier ihr besonderes Gewicht. Es gilt, einen neuen Anfang zu finden. Dieser Anfang darf von vornherein nicht mit dem Versuch belastet werden, die Beziehungen dieser Staaten zu anderen Staaten zu stören. Nach den schrecklichen Erfahrungen des zweiten Weltkrieges entspricht heute die Anlehnung Polens an und die gute Nachbarschaft mit der Sowjetunion einem Gebot der nationalen Selbsterhaltung. Selbst der amerikanische Vizepräsident Nixon hat dies bei seinem Warschauer Besuch als ein unumstössliches Axiom der polnischen Politik begriffen. Sollten wir, die wir in unmittelbarer Nachbarschaft mit der polnischen Nation leben, weniger weise sein als dieser amerikanische Politiker?

Das Unbehagen über die derzeitige Polenpolitik der Bundesregierung - eine Politik ohne Konturen - reicht weit bis in die Regierungspartei hinein. Erst kürzlich hat Müller-Hermann, der Bremer CDU-Abgeordnete, darauf hingewiesen, dass die Zeit für eine sorgfältige Überprüfung der deutschen Ostpolitik reif geworden sei, dass entsprechende Angebote Bonns an Prag und Warschau zur Aufweichung mancher starren Fronten des Misstrauens beitragen können. In der Tat, die Stunde ist gekommen, den Scherbenhaufen zu beseitigen, sonst laufen wir Gefahr, in der Geschichte als diejenigen dazustehen, die den Brückenschlag zu Polen nicht fanden. Mögen sich dazu die besten Geister unserer Nation verpflichtet fühlen.

500 Jahre Bukarest

(rh) Die rumänische Hauptstadt Bukarest wurde am 20. September 1459 in einer Urkunde zum ersten Mal genannt, sie kann demnach in diesem Jahr die Feier ihres 500jährigen Bestehens begehen. Aus diesem Anlaß sind zahlreiche große Festlichkeiten vorgesehen, die vor allem dem Ziel dienen sollen, den Aufbau des "neuen Bucaresti" (wie der rumänische Name der Stadt lautet) zu popularisieren.

Aus der Residenz wallachischer Fürsten im 15. bis 17. Jahrhundert, die bis zum Jahre 1861 wiederholt von Türken, Serben, Russen und Österreichern besetzt worden war, hatte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Großstadt eigener Prägung entwickelt. Wegen ihrer Prachtstraßen und der mondänen Geschäfte und Gaststätten nannte man die Stadt das "Paris des Ostens". Daneben gab es in der Stadt ausgedehnte Elendsviertel, der Gegensatz zwischen Arm und Reich war horrend und aufreizend, ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung war bei einer kleinen Schicht bedienstet. Die Industrie spielte keine große Rolle, allmächtig waren dagegen die Getreidebörse, die Großgrundbesitzer und die Ölinteressenten. Im letzten Krieg hat Bukarest stark gelitten.

Das heutige Regime in Rumänien hat, wenn auch nicht mit der gleichen Intensität wie in Polen das Warschauer Regime, nach dem Kriege zuerst starke Kräfte des Landes zum Auf- und Ausbau der Hauptstadt mobilisiert. Bukarest, das heute 1 290 000 Einwohner zählt, hat sich seit der Vorkriegszeit stark verändert. Für die Masse der Bevölkerung mußten neue Arbeitsplätze geschaffen werden, so daß heute 17 Prozent der Arbeiterschaft ganz Rumänien in Bukarest beschäftigt sind. Es gibt Riesenunternehmen für die Herstellung von Erdölförder-Einrichtungen, von elektrischen Geräten, Motoren, landwirtschaftlichen Maschinen, in Bukarest besteht das größte Kautschukkombinat Europas, ein anderes Kombinat baut Autobusse und Trolleybusse, ein Großunternehmen für synthetische Stoffe ist im Bau.

Es entstehen neue, moderne Wohnviertel und man will in diesem Jahr 6 000 neue Wohnungen bauen. Errichtet wurden das "Theater der Oper und des Balletts", ein Hochhaus der Presse, ein Riesenstadion und ein Marjutkino; geplant ist im "Palais der Republik" ein Saal für 3 100 Personen. Mit der Assanierung der beiden größten Elendsviertel der Stadt wird noch in diesem Jahr begonnen.

Bukarest ist eine Stadt der Parkanlagen geblieben; sie bedecken heute 660 Hektar. In der Stadt leben rund 10 000 Rumänien-Deutsche.

Der Mohr kann gehen

W.W. - Die Fraktion der SPD hat am 20. Januar 1959 im Bundestag einen Antrag eingebracht, in welchem die Bundesregierung ersucht wird, dem Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, damit die Ansprüche der nach dem Häftlingshilfegesetz anerkannten ehemaligen politischen Häftlinge "für Schäden an Leben, an Gesundheit, infolge Freiheitsentziehung sowie für Schäden in der Ausbildung entsprechend dem Bundesentschädigungsgesetz geregelt werden". Die Regierung arbeitete jedoch einen Gesetzentwurf aus (er wurde am 23. März 1959 dem Bundesrat zugeleitet), der beweist, dass die CDU in keiner Weise gewillt ist, den gerechten Ansprüchen der politischen Häftlinge, um deren gesetzliche Neuregelung die SPD bemüht ist, zu entsprechen.

In formaler Behandlung der Angelegenheit enthält der Gesetzentwurf drei wesentliche Bestimmungen, die keinesfalls das bewirken, was eigentlich Ziel des Entwurfes sein sollte: Besserstellung der politischen Häftlinge.

Sie lauten:

1. Politische Häftlinge, die länger als vier Jahre in Haft waren, erhalten für jedes weitere vollendete Halbjahr Haft eine weitere Eingliederungsbeihilfe von 500.-DM.
2. Diese erhöhte Beihilfe erhält nur, wer nach dem 1. Januar 1958 ins Bundesgebiet gekommen ist.
3. Die Beihilfen dürfen im Einzelfall den Betrag von 8.000 DM nicht übersteigen.

Diese Fassung des Gesetzentwurfes hat in der Kreise der politischen Häftlinge Enttäuschung und Empörung ausgelöst, denn nach dem Gesetzentwurf der Regierung würde die überwältigende Mehrheit aller politischen Häftlinge, es handelt sich um rund 25 000 Personen, die vor dem 1. Januar 1958 in die Bundesrepublik gekommen sind, keine Beihilfe mehr erhalten. Gerade sie aber sind es, die in den Haftanstalten der DDR und Sowjetrusslands unter den Bedingungen der Stalinschwere gelitten haben. Ihre Haftzeiten liegen im allgemeinen

auf 25 Jahre Arbeitslager oder sogar lebenslängliche Haft. Zwar beabsichtigt die Regierung solchen Häftlingen, "die vor dem 1. Januar 1958 in das Bundesgebiet gekommen sind und denen daher die Verbesserungen des Entwurfs nicht zugute kommen können, eine Beihilfe zu gewähren - (die Höhe wird nicht genannt) - falls sie in das wirtschaftliche und soziale Leben noch nicht in zumutbarer Masse eingegliedert worden sind. Diese Art "Verbesserung" wird aber von den politischen Häftlingen allgemein als eine Art "Wohlfahrtsunterstützung" und "Almosenempfang" angesehen. Deshalb haben auch alle Häftlingsorganisationen ausnahmslos, auch alle Arbeitsgemeinschaften der politischen Häftlinge innerhalb der CDU, SPD und FDP ganz eindeutig gegen den Entwurf Stellung genommen.

Es ist bezeichnend für die Einstellung des Ministers Oberländer zu den politischen Häftlingen, dass er der Einladung des Aktionsausschusses Berliner Häftlingsorganisationen zu einer Aussprache in dieser Sache am 1. Juli 1959, als alle Bundestagsabgeordneten in Berlin anwesend waren, nicht Folge leistete. Lediglich die Vertreter der SPD und der FDP kamen der Einladung nach und legten vor dem Aktionsausschuss die Standpunkte ihrer Fraktionen dar.

Die Nichtachtung der Häftlingsorganisationen, die sich in dieser Haltung des Ministers Oberländer ausdrückt, der noch nicht einmal einen Beamten seines Ministeriums entsandt hatte, ist ausserordentlich aufschlussreich. Auf der einen Seite schreien seine Parteigänger heute in der Bundesrepublik: "Rettet die Freiheit!" Diejenigen aber, die sich für diese Freiheit einsetzten und diesen Einsatz mit Freiheit, Verlust der Gesundheit, seelischen Leiden und beruflichen Existenzverlust sowie Vermögensverlust bezahlen mussten, werden wie Bettler beiseite geschoben. Der Mohr hat eben seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler